Beilage
Donnerstag, den 15. Dezember 1932

Arbeiterstimme

Nr. 296
8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Die Massen kämpfen für Bartl!

Der Kampf um die Freilassung des Arbeiters Bartl und der 9600 proletarischen politischen Gefangenen geht verstärkt weiter. Die **Massenproteste gegen das Todesurteil** gegen Bartl häufen sich. Die Arbeiterschaft bringt ihre Empörung gegen dieses Schandurteil zum Ausdruck durch Demonstrationen, Delegationen und Massenproteste. Der Aufruf der KPD und der Roten Hilfe, dem Henker in die Arme zu fallen, trägt den Willen der gesamten revolutionären Arbeiterschaft und immer weitere Kreise schließen sich an.

Täglich gehen Protestschreiben bei der Roten Hilfe ein, die an das Justizministerium weitergeleitet werden. Es protestiert eine ganze Reihe von Belegschaften aus den Betrieben durch Resolutionen und Hunderte von Unterschriften, Villeroy und Boch, Firma Herrmann, Straßenbahnhof Naußlitz, Tolkewitz, Firma Sparmann, Kamenz, Seidel und Naumann, Eitwerk und andere. Es protestieren Sportverein 1910, Sportverein der Straßenbahner, Arbeiterschachverein, Arbeiterschießklub Löbtau, Arbeiterturnverein Cotta, Deutscher Freidenkerverband Pulsnitz, Ortskartell Radeburg des ADGB. Tausende von Unterschriften wurden in Dresden, Kötzschenbroda, Pottewitz, Nieder- und Oberoderwitz, Weinböhla, Niederporitz, Schandau, Cunnersdorf, Kattersee und in anderen Orten gesammelt.

Alle, die gegen das Schandurteil protestieren, wissen und erkennen, daß sich dieses Urteil nicht allein gegen Bartl, sondern gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft richtet.

Der Massensturm der Proteste muß weitergeführt werden bis zur Erreichung der endgültigen Freilassung Bartls und der 9600 proletarischen politischen Gefangenen.

Werdet Mitglieder der Roten Hilfe, unterstützt die Rote Hilfe in ihrem Kampf, gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Wir entlarven die Lügner vom Wettinerplatz

Mieterhöhung um 20 Prozent im Obdachlosenasyl Altpieschen doch durchgeführt

Am 6. Dezember brachten wir die Mitteilung, daß der Dresdner Rat die Mieten erhöht. Wir hoben es als besonders empörend hervor, daß davon auch die Mieter des Obdachlosenasyls Altpieschen betroffen werden. Dieses Obdachlosenasyl steht unter der Verwaltung des Stadtrates und Bezirkssekretärs der SPD, Sander, und es ist allgemein bekannt, daß in diesem Gebäude die Aermsten der Armen der Stadt Dresden wohnen. Die Volkszeitung beantwortete unseren Artikel mit einer „Erklärung" unter dem Titel: „Sudelküche an der Arbeit — kommunistische Schwindel- und Fälscherzentrale". Wir werden, um allen Arbeitern zu zeigen, daß es sich hier tatsächlich um eine Mieterhöhung handelt, nachfolgend ein amtliches Dokument darüber ungekürzt bringen:

„18b Dir.-Reg. A

Dresden, am 22. Oktober 1932.

An die Stadtverordneten.

Betr. Festsetzung der Kostenbeiträge im Familienobdach Altpieschen 9.

Für die Unterbringung obdachloser Familien im Grundstück Altpieschen 9 werden von zahlungsfähigen Bewohnern Kostenbeiträge an Stelle der sonst zu zahlenden Wohnungsmiete erhoben. Diese Kostenbeiträge werden auf 5 Mark jährlich für das Quadratmeter festgesetzt. **Bei der Erhöhung der gesetzlichen Miete von 100 Prozent auf 120 Prozent in den Privatwohnungen ist auch der Kostenbeitrag für die Bewohner im Familienobdach von 5 Mark auf 6 Mark für das Quadratmeter erhöht worden.** Die geehrten Stadtverordneten haben aber dem Beschluß des Rates widersprochen. Der Rat hatte daraufhin Klage bei der Kreishauptmannschaft erhoben mit dem Antrage, den Beschluß der Stadtverordneten als ungesetzlich aufzuheben. Nach anderweiter Prüfung und nach Gehör der 3. Ratsabteilung haben wir in unserer Gesamtsitzung vom 20. September 1932 beschlossen,

die Klage vom 5. April 1928 bei der Kreishauptmannschaft zurückzuziehen.

Ferner haben wir beschlossen,

nunmehr auf Grund von Art. 2 des vierten Teiles, Kap. 1 der Sächsischen Notverordnung vom 22. September 1931 die Kostenbeiträge für das Familienheim Altpieschen 9 auf 6 Mark jährlich für das Quadratmeter festzusetzen.

Wir bitten, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der Rat zu Dresden."

Was sagen die Arbeiter dazu?

Wird die Volkszeitung nun immer noch den traurigen Mut aufbringen, unsere Feststellungen als Schwindel zu bezeichnen? Wir stellen fest, auch der Volkszeitung war dieses Dokument bekannt. Es gehört tatsächlich eine ganze Portion Verlogenheit und Frechheit dazu, zu behaupten, daß es sich um „kommunistische Schwindelmanöver" handelt.

In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal auf das von uns veröffentlichte Dokument hin, nachdem im Einvernehmen mit Weckel, Arzt und Edel die Leute im Reichsbanner und überhaupt in der sozialdemokratischen Bewegung aufgefordert werden, in die Kirche einzutreten und sich an den Kirchenwahlen zu beteiligen. In diesem Dokument heißt es wörtlich:

„Die Kirche muß wieder zu einem entscheidenden Faktor innerhalb der Partei ausgebaut werden, damit auch die Arbeiterschaft einen Halt findet in den kommenden schweren Kämpfen. Kirche und Religion sollen wieder Einzug halten in das sozialistische Haus. Deshalb Schluß mit der Hetze gegen die Väter der Kirche . . ."

Natürlich wurde auch diese unsere Veröffentlichung als „Sudelküchenarbeit" usw. bezeichnet. Wir überlassen es den Arbeitern selbst, über die Glaubwürdigkeit dieser Verleumder vom Wettinerplatz zu urteilen. Festnageln muß man aber, daß die Volkszeitungsredaktion die dreckigsten Methoden benutzen muß, um ihren Lesern begreiflich zu machen, daß sie von alledem „nichts wisse".

Arbeiter! Das sind dieselben Leute, die eure berechtigten Forderungen im Reich, in den Länder- und Gemeindeparlamenten abwürgen. Das sind auch dieselben Leute, die euch als „Mob" bezeichnen, wenn ihr auf der Straße gegen Hunger und Frost demonstriert. Wir fordern euch deshalb auf, macht Schluß mit diesen Verrätern. Reiht euch ein in die rote Klassenfront und kämpft mit uns für den Mieterlaß aller Minderbemittelten. Jeder klassenbewußte Arbeiter wendet sich mit Abscheu von solch dreckigen, verlogenen Methoden der Kommunistenhetze in der Dresdner Volkszeitung. Er liest und abonniert die einzige Zeitung, die seine Interessen vertritt, die Arbeiterstimme!

Helft den Opfern der Klassenjustiz!

Die Betriebszelle der Zigarettenfabrik Greiling lieferte als ersten Abschlag für die proletarischen politischen Gefangenen 20.60 Mark ab. Wo bleiben die anderen Betriebszellen? Das gesteckte Soll muß vor Weihnachten erreicht werden.

Cossebauder Genossenschafter stoßen vor

Die in der Talschänke Cossebaude versammelten Genossenschaftsmitglieder protestieren auf schärfste gegen die von der Genossenschaftsbürokratie durchgeführten Maßnahmen, sowie gegen die Vertreter, welche nur in SPD-Mitgliederversammlungen gewählt wurden und sprechen den Vertretern der Verteilungsstelle Cossebaude und dem Vorstand des Konsumvereins Vorwärts das Mißtrauen aus.

Die in der Mitgliederversammlung anwesenden Genossenschaftsmitglieder fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Vertreterversammlung, welche die in der letzten Vertreterversammlung gefaßten Beschlüsse wieder rückgängig macht.

a) Auszahlung der Rückvergütung in Höhe von 5 Prozent;
b) Keine Einbehaltung des Anteiles von allen Erwerbslosen, Rentenempfängern und Kurzarbeitern;
c) Die Vertreterversammlungen finden wie immer zweimal im Jahre statt. Auf Antrag eines Viertels der Vertreter muß eine außerordentliche Vertreterversammlung innerhalb drei Wochen stattfinden;
d) Die Aufkündigung der Mitgliedschaft kann zum Schluß jedes Geschäftsjahres erfolgen mit vorheriger dreimonatiger Kündigung;
e) Die Vertreter setzen nach Ablauf des Geschäftsjahres die Höhe der auszuzahlenden Rückvergütung fest.

Am 3. Dezember wurde die Delegation beim Vorstand vorstellig. Als wir uns anmeldeten, wurde uns gesagt, der Vorstand sei nicht zu sprechen, er habe Sitzung. Der Portier schickte uns zum Aufsichtsrat. Dort übergaben wir unsere Resolution und wollten uns mit dem Aufsichtsratmitglied aussprechen. Er sagte uns jedoch, er könne darauf keine Antwort geben. **Als wir auf die Gefahr hinwiesen, daß die Mitglieder des Konsumvereins davonliefen und kündigen, antwortete er: „Daran können wir auch nichts ändern, da machen wir den Laden zu."** Wir gaben uns mit der Antwort nicht zufrieden und verlangten den Vorstand. Es wurde der Sekretär Schiller herbeigeholt und ein Delegierter erklärte ihm: „Als die Beschlüsse des Vorstandes bei uns bekannt wurden, war ein großer Teil Mitglieder bereit, zu kündigen. Wir haben eine Mitgliederversammlung einberufen und diese Resolution aufgesetzt. Wenn aber der Vorstand solche Politik macht, wird das Bollwerk des Proletariats bald vernichtet sein."

Der Sekretär Schiller antwortete, es sei eine große Härte gegen die Erwerbslosen, Sozialrentner und Kurzarbeiter, es ließe sich aber nichts daran ändern, der Konsum braucht Geld. **Die Verwaltung habe sich mit den großen Bauten und der Fleischerei sehr verrechnet, welche kaum noch den halben Wert hätten.** Der Umsatz sei auf 36 Millionen zurückgegangen. Die Spargelder seien auf die Hälfte abgehoben worden und es könnten nur noch in beschränktem Maße Gelder ausgezahlt werden. Wenn uns die Mitglieder davonlaufen und der Konsum bankrott macht, haben nur die Mitglieder den Schaden, denn sie hoften dafür. **Er hätte keinen Schaden, denn er könnte vielleicht noch eine besserbezahlte Stelle bekommen, er habe im Konsum als Marktheifer angefangen und freue sich, daß er es so weit gebracht habe.**

Die Cossebauder Genossenschaftsmitglieder verpflichten sich, alles daran zu setzen, um die Basis für die revolutionäre Genossenschaftsopposition zu stärken und die Genossenschaft zu einem Instrument des revolutionären Klassenkampfes zu machen.

Schmiedeberger Genossenschafter antworten dem Konsumvorstand

Die im Gasthof Schmiedeberg von 160 Personen besuchte Genossenschaftsversammlung nahm nach lebhafter Aussprache folgende Entschließung an:

„Die heute im Gasthof Schmiedeberg versammelten Genossenschaftsmitglieder protestieren gegen die Beschlüsse der 19. ordentlichen Vertreterversammlung, die ohne Befragung der Mitgliedschaft zustande kamen.

Die Versammelten fordern Aufhebung dieser die Mitgliedschaft schädigenden Beschlüsse und fordern Urabstimmung über dieselben innerhalb der gesamten Mitgliedschaft. Nicht Anteilerhöhung oder Kürzung der Rückvergütung, nicht Lohnabbau und Krümperlystem bei den unteren Angestellten, nicht sogenannte politische Neutralität, sondern Sparmaßnahmen durch Gehaltsabbau bei den oberen Beamten und dem Verwaltungsapparat. Einreihung der Genossenschaften in die revolutionäre Kampffront, breiteste Demokratie, das sind die Voraussetzungen zur Zurückgewinnung breitester proletarischer Schichten und zur Gesundung der Genossenschaften."

Die Genossenschafter von Schmiedeberg müssen für die Durchführung der in der Entschließung gestellten Forderungen kämpfen und alle Mitglieder des Konsumvereins Vorwärts dafür mobilisieren.

Der Freiheitsersatz der SPD

Die Volkszeitung empfiehlt den Kameraden und Genossen der Eisernen Front und der gesamten „sozialistischen Raucherwelt" eine Freiheitszigarette mit drei Pfeilen. Für 3½ Pfennig kann man sich eine Zigarette, Marke „Freiheit", kaufen. Vielleicht ist sie als Ersatz für die von der SPD so viel gepriesene demokratische Freiheit gedacht, von der nichts mehr übrig geblieben ist?

Der Freiheitszigarettenraucher kann also nach dem Genuß der Zigaretten sagen: „Futsch ist die „Freiheit", nur der Rauch ist übrig geblieben, genau so wie in der demokratischen Republik, wo die Freiheit nur noch Schall und Rauch ist." Symbolisch für die SPD . . . Aber regt euch nicht auf, raucht als Ersatz „Freiheits"zigaretten. Die „sozialistische Raucherwelt", wie die Volkszeitung so hübsch schreibt, denkt wohl darüber anders.

Kleingewerbetreibende, Geschäftsleute! Taschen zu!

Die Nazi-Gauleitung schnorrt „kleine Spenden"

Nachdem der große Adolf vorläufig in Berlin eine Backpfeife erhalten hat, muß er jetzt, um seine Kaiserhofrechnungen bezahlen zu können, zum Mittelstand betteln gehen. Wir veröffentlichen nachfolgend einen solchen Bettelbrief, der von der sächsischen Gauleitung an einen großen Teil der Geschäftswelt verschickt wurde.

„Werter Volksgenosse!

Wieder haben die Verhältnisse unserer Voraussage recht gegeben. Das Kabinett Papen ist an seiner mißglückten Wirtschaftsankurbelung gescheitert. Die Versuche, uns wieder von der Uebernahme der Verantwortung fernzuhalten, hatten nur den einen Erfolg, den Kommunismus zu stärken. Das einzige Bollwerk hiergegen ist nach wie vor allein der kämpfende Nationalsozialismus, der bisher das deutsche Vaterland dem Zugriff von Bolschewikenhand entzogen hat.

Nur in einem nationalsozialistischem Deutschland mit einem wiedererstandenen mittelständischen Handel, Gewerbe und freien Berufen läßt sich der Marxismus mit Stumpf und Stiel ausrotten. Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir heute unsere Idee noch nicht voll verwirklichen können. Das ganze Jahr über hat unsere Bewegung gekämpft. Der SA-Mann, der Amtswalter, alle haben ihr letztes Stück hergegeben. Darum gilt es, diesen unermüdlichen Kämpfern nun insofern ihren Lohn werden zu lassen, als ihnen wenigstens zu Weihnachten ein geringer Dank in Form einer bescheidenen Gabe gezollt werden soll.

Darum richten wir auch an Sie die Bitte, uns dies durch eine kleine Spende in Waren oder Geld zu ermöglichen. Der Zellenwart wird deshalb in den nächsten Tagen bei Ihnen vorsprechen, um die Gabe in Empfang zu nehmen.

In der Erwartung, daß unser beauftragter Amtswalter mit seiner Bitte eine wohlwollende Aufnahme findet, zeichnet

mit Deutschem Gruß

Rupprecht, Geschäftsführer. **Jenitzka**, Sektionsleiter."

Kleingewerbetreibende! Die Nationalsozialisten, die sich immer aufspielen als würden sie die Interessen des Mittelstandes ganz besonders vertreten, sind auf Tod und Teufel mit diesem kapitalistischen System verwachsen. Eine wirkliche Hilfe des notleidenden Mittelstandes kann nur in Verbindung mit der Arbeiterschaft erreicht werden. Es ist eine alte Weisheit, daß des Arbeiters Not des Mittelstandes Tod ist. **Für die Kleingewerbetreibenden erwächst deshalb die Aufgabe, die Lohn- und Unterstützungskämpfe der Arbeiterschaft zu unterstützen. Denn erst die Hebung des Lebensniveaus der kämpfenden Arbeiterschaft bringt auch dem gewerbetreibenden Mittelstand eine wirtschaftliche Besserung seiner schlechten Lage.**

Drei Tage Trommelfeuer in den Weihnachtsrummel der Bourgeoisie!

das ist das Ziel der Massenverteilung des Illustrierten Volksechos! Das Illustrierte Volksecho, das in besonders reich illustrierter Aufmachung als Weihnachtsnummer herauskommt, erscheint in der kommenden Woche drei Tage früher, damit für den Massenverkauf die Vorweihnachtstage ausgenutzt werden können. Die Ortsgruppen und Zellen müssen schnellstens ihre Bestellungen aufgeben!

Marxistische Arbeiterschule!
Freies Sprechen und Artikel schreiben!

Unter diesem Thema beginnt morgen, Freitag, den 16. Dezember, ein neuer Maschkurlus. Jeder Arbeiter, vor allen Dingen der Funktionär innerhalb der Arbeiterbewegung hat oft den Mangel feststellen müssen, daß er wohl die Dinge politisch richtig beurteilen konnte, aber nicht in der Lage war seinen Gedanken einen entsprechenden mündlichen oder schriftlichen Ausdruck zu geben. Mit der Methode der Arbeitsgemeinschaft sollen die Hörer lernen, frei ohne Hemmung und wirkungsvoll zu sprechen. Sie werden lernen wie man einen Artikel schreibt.

Der Kursus findet statt Freitag, den 16. Dezember, 20 Uhr, im Arbeiterheim, Dresden-Neustadt, Große Meißner Straße 18. Anmeldungen werden bei Beginn der ersten Stunde noch entgegengenommen. Beitrag pro Doppelstunde 20 Pfennig für Vollarbeiter und 10 Pfennig für Erwerbslose.

Die AIZ Nr. 51 erscheint als Sondernummer „Das Kind", 32 Seiten stark mit über 100 Abbildungen. Tausende Kinder wandern auf den Landstraßen Amerikas und leiden unter Hunger und Kälte. Die chinesischen Seidenfabriken sind wahre Kinderhöllen. Im „Dritten Reich" in Italien werden die Bourgeoiskinder gedrillt, während in den russischen Schweigeschulen jahrhundertlange Analphabeten in kleinen Gittbällen unter humanitären Bedingungen schaffen. Nach statistischen Aufstellungen sind allein im Freistaat Preußen nicht weniger als 150 000 Schulkinder unterernährt. Diese Bilder in der AIZ zeigen auch die Heuchelei der „fröhlichen Weihnachtszeit". Aber in der Sowjetunion, da können die Kinder lachen. Das beweisen die vielen Bildbeilagen in der AIZ. Trotz 32 Seiten kostet heute die AIZ nur 20 Pfennig und ist käuflich zu haben.